

Ärztinnen machen Front gegen den überholten Begriff des „Männerberufs“

„Die Frau in der modernen Arbeitswelt“:
Wissenschaftliche Tagung des Deutschen Ärztinnenbundes

Um es vorweg zu sagen: natürlich hatte das Thema der XIX. Wissenschaftlichen Tagung des Deutschen Ärztinnenbundes („Die Frau in der modernen Arbeitswelt“, Untertitel: „Der Einsatz von Frauen in neuen Berufen und neuen Technologien aus sozial- und arbeitsmedizinischer Sicht“) auch einen Pro-domo-Aspekt. Was die Ärztinnen schon im Mai in Travemünde begonnen hatten, durften, ja mußten sie vom 19. bis zum 22. September in der Rosenheimer Stadthalle fortsetzen: nämlich der doch offenkundigen Gefahr entgegenzutreten, daß ihre Kolleginnen bei wachsender „Ärteschwemme“ allein deshalb zusätzlich benachteiligt werden, weil sie eben keine Männer sind.

Dezent in das große Tagungsthema eingeflochten, wurde dieses Eigeninteresse der Ärztinnen allerdings als ein legitimes Anliegen empfunden, das dem Anspruch des Kongresses, aus der Sicht der weiblichen Ärzte Gültiges zur allgemeinen Problemlage weiblicher Arbeitskräfte auszusagen, keinen Abbruch tun konnte.

Nicht eben praxisnahes Ministerialdenken . . .

Bedurfte es folglich in dieser Hinsicht kaum besonderer Vorsichtsmaßnahmen, so zeichneten sich schon bei Beginn der Tagung ei-

nige Gesichtspunkte ab, die mit wacher Behutsamkeit behandelt werden wollten. Wie voraussehbar, mußte aus etlichen offiziellen Bekundungen geschlossen werden, daß deren Verfasser beziehungsweise Überbringer sich auf einer Denkebene bewegten, die von der Denkebene der Ärztinnen erheblich abwich.

Der Hinweis beispielsweise, den Dr. Heiner Geißler noch als Bundesgesundheitsminister erteilt hatte – die Bundesregierung betrachte es als eine ihrer vorrangigen Aufgaben, „Technikdistanz bei Frauen und Mädchen abzubauen und sie für den Umgang mit neuen Techniken zu qualifizieren“ – entsprach lediglich mit seiner zweiten Hälfte dem Status quo. Denn wenn in sogenannten „Männerberufen“, wie Dr. med. Roland Mentzel (Bundesanstalt für Arbeit) mitteilte, jetzt schon mehr als 100 000 Frauen arbeiten, wenn jede fünfzehnte Auszubildende einen „Männerberuf“ anstrebt und wenn die Zahl der weiblichen Lehrlinge in diesen Berufen zwischen 1977 und 1981 von 13 000 auf 54 000 angestiegen ist, so kann wohl von Technikdistanz kaum noch die Rede sein.

Und wenn Dr. Heinz Riesenhuber, der Bundesminister für Forschung und Technologie, am neuen „Förderschwerpunkt“ der Bundesregierung hervorhob, er solle „zum Schutz der Gesundheit durch Abwehr und Abbau von Belastungen sowie zur menschengerechten Anwendung neuer Technologien“ beitragen, so verriet auch das ein nicht eben praxisna-

hes Ministerialdenken. Erfreulicherweise brachte Dr. med. Elisabeth Funke (Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen) einige eingängige praktische Rezepte mit – zum Beispiel dieses: Statt die Zulassung von Frauen und Mädchen zu bestimmten Berufen generell zu beschränken, solle man die Berufseignung von Frauen und Männern individuell begutachten. Wie denn überhaupt der Kongreß darauf abzielte, den Begriff des „Männerberufs“ und seine herkömmliche, gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisch nicht mehr akzeptable Funktion in Frage zu stellen.

In der Leistungsfähigkeit nur selten überfordert

Nicht einmal mit Professor Dr. Hans Joachim Sewering, dem Präsidenten der Bayerischen Landesärztekammer, mochten die Ärztinnen einverstanden sein, als er von Berufen sprach, „die Frauen nicht zugemutet werden können“, und davon, daß die Diskussion in die falsche Richtung gehe, „wenn sie als Maßstab für den Zugang zu einem Beruf allein die Muskelkraft in den Mittelpunkt stellt“. Solchen Einwänden setzte der Kongreß einige Erfahrungen entgegen: daß mehr als die Hälfte der in „Männerberufen“ tätigen Frauen und Mädchen mit ihrer Arbeit zufrieden sind, daß sie arbeitsplatzbedingten psychisch-physischen Belastungen oft besser gewachsen sind als ihre männlichen Kollegen, daß sie nachgewiesenermaßen weniger „krankfeiern“ als die Männer, daß sie sich in ihrer Leistungsfähigkeit nur selten überfordert fühlen und daß sie ihre anerkannt hohen Leistungen nicht zuletzt deshalb erbringen, weil sie in der Betriebspraxis immer wieder beweisen müssen, „nicht schlechter zu sein“ als die Männer.

Kronzeuginnen für solche Erkenntnisse waren die Arbeitsmedizinerin Dr. Liselott Meißner (Kfz-Werk Audi, Ingolstadt) und die

Ärztinnen machen Front

Münchener Bahnärztin Dr. Renate Krone, aber auch die Düsseldorfer Medizin-Statistikerin Dr. Lieselotte von Ferber und – besonders eindrucksvoll, weil sie nicht als Wissenschaftlerin über andere, sondern als Praktikerin über sich selbst und ihre ganz persönlichen Berufserfahrungen sprechen konnte – die Münchner Pilotin und Fluglehrerin Madlene Clausen.

Als Zentralthema der Diskussionen erwies sich in Rosenheim die Frage, was geschehen muß, wenn das tradierte Rollenverständnis

bei Frauen wie Männern, namentlich aber bei den letzteren, die unumgängliche, technikbedingte Auflockerung erfahren soll. Einen der wichtigsten Schritte zur Problemlösung sieht Präsidentin Dr. Hedda Heuser darin, medizinische Gesichtspunkte in die bislang vorwiegend sozialwissenschaftlich oder arbeitsmarktpolitisch geführte Auseinandersetzung einzubringen. In lebhafter Aussprache einigten sich die Ärztinnen nicht nur über Grundsätze, die dabei zu beachten sind, sondern auch über Ansatzpunkte, von denen hilfreiche flankierende

Maßnahmen des Gesetzgebers ausgehen könnten. Hier einige der wichtigsten Ergebnisse: Die Frau hat Anspruch darauf, sich jedes Berufsfeld zu erschließen; diesem Anspruch entgegenstehende, medizinisch nicht gerechtfertigte Engpässe sind abzubauen; nicht nur in den Betrieben, sondern auch in den Familien und bei Freunden muß mehr Verständnis für gesellschaftspolitische Umschichtungen und ihre Konsequenzen geweckt werden; Aufgaben und Finanzierung des Mutterschutzes sind zu einer Sache der Allgemeinheit zu machen; junge Menschen sollten frühzeitig in partnerschaftliche Beziehungen hineinwachsen, die es erleichtern, die veränderten Arbeitsbedingungen zu bewältigen; Frauen müssen auf Chancengleichheit und Respektierung ihrer Leistung auch dann rechnen dürfen, wenn sie aus freien Stücken eine Berufswahl getroffen haben, die anderen als ungewöhnlich oder gar unverständlich erscheint.

Sachkundige, denen das Thema „Frauen in Männerberufen“ von Amts wegen auf den Nägeln brennt, hatten vor Eintritt in die Beratungen die Meinung geäußert, es wäre allein schon ein Verdienst, wenn der Ärztinnenbund zur Versachlichung einer Diskussion beitragen könnte, die weithin immer noch vorwiegend durch Emotionen geprägt ist. Ihre Erwartung wurde nicht enttäuscht. Gerade dieses Verdienst haben sich die Ärztinnen in überzeugender Weise erworben. An den Politikern liegt es nun, der erzielten Versachlichung in ihrer eigenen Arbeit Raum zu geben – auch dann, wenn dabei einige ihnen liebgewordene Vorstellungen ins Wanken geraten. Schließlich möchten nicht nur die Ärztinnen den Satz ernst nehmen, den der Bayerische Innenminister Dr. Karl Hillermeier bei der Eröffnung des Rosenheimer Kongresses aussprach: „Der Politiker freut sich immer, wenn eine Berufsgruppe über ihre eigenen Grenzen hinausblickt.“ Kurt Gelsner

Forderungen der Ärztinnen

Die Mitgliederversammlung des Deutschen Ärztinnenbundes verabschiedete im Rahmen der XIX. Wissenschaftlichen Tagung des Verbandes eine Reihe von Entschlüssen; sie lauten in Kurzfassung:

Bei der Besetzung von Ausschüssen und Beratungsgremien, die in Bund und Ländern Gesundheitsfragen behandeln, sind Frauen angemessen zu berücksichtigen.

Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie im Universitätsbereich werden weitere Frauenförderungspläne mit Berichterstattungspflicht gebraucht.

Kosten für Haushaltshilfen müssen in einem Umfang steuerlich absetzbar sein, der die Berufstätigkeit der Steuerpflichtigen erst ermöglicht.

Die Qualität der Durchführung von Jugendarbeitsschutz-Untersuchungen ist durch zielgerichtete Fortbildung zu verbessern.

Die arbeitsmedizinische Forderung ist in Bund und Ländern zu intensivieren; die Arbeitsschutzbestimmungen sind den neuesten medizinischen Erkenntnissen anzupassen,

damit Frauen auf dem Arbeitsmarkt nicht benachteiligt werden.

Der öffentliche Dienst und die Wirtschaft werden aufgefordert, mehr Ärztinnen als bisher den Zugang zur Arbeitsmedizin zu eröffnen.

Die Rahmenlehrpläne sind von den Kultusministern der Länder so zu ergänzen, daß junge Menschen auf eine partnerschaftliche Rollenverteilung von Frau und Mann besser vorbereitet werden.

Hinsichtlich der extracorporalen Befruchtung darf die Forschung nicht behindert werden, die Beachtung der ethischen Grundsätze muß aber gesichert bleiben.

Bestrebungen, die Indikationsstellung zum Schwangerschaftsabbruch nur noch auf bestimmte Arztgruppen zu übertragen oder sogar zu institutionalisieren, sind abzulehnen.

Die gesetzlichen Bestimmungen zur regelmäßigen Kontrolle nach dem Geschlechtskrankengesetz sind auch auf die männlichen Prostituierten auszudehnen.

Behörden und Gerichte sind aufgefordert, die Prostitution von Kindern, insbesondere aus Entwicklungsländern, mit allen gesetzlichen Mitteln zu unterbinden. □